**aus der öffentlichen Sitzung des Bau-, Planungs- und
Umweltausschusses
vom 03.09.2015**

9. 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 88 "Ruthenberg"

- **Beschluss über Stellungnahmen**

- **Satzungsbeschluss**

Vorlage: 0511/2013/DS

Herr Heilmann erläutert die Vorlage für die Verwaltung.

Nach Diskussion ändert Herr Michaelis seinen Änderungsantrag wie folgt:

Absatz 3 wird gestrichen und durch folgende Formulierung ersetzt:

„Der Herausnahme des Grundstücks mit der Flurstücksbezeichnung 172 wird zugestimmt.“

Herr Westphal lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

JA-Stimmen: 9

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 0

1. Die Begründung des B-Planes unter „3. Festsetzungen der Planänderung – Art und Maß der Nutzung“, letzter Absatz, Satz 2, wird wie folgt geändert: „...Das verbleibende Baugrundstück befindet sich im Eigentum der Stadt und soll **nicht** veräußert werden, da es dauerhaft für spätere Gemeinbedarfsnutzungen (z. B. eine Grundschule) vorgehalten werden soll.“
2. Das in der Begründung des B-Planes unter „3. Festsetzungen der Planänderung – Art und Maß der Nutzung“, letzter Absatz, Satz 2, erwähnte Grundstück soll nicht veräußert werden. Der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss und der Hauptausschuss sind über diesen Beschluss nach § 39 der Geschäftsordnung für die Ratsversammlung, Ausschüsse, Stadtteilbeiräte und sonstigen Beiräte der Stadt Neumünster (GeschORV) vom 22. April 2015 zu unterrichten.
- ~~3. Die im geltenden Bebauungsplan vorgesehenen Festsetzungen zu Dachform und Neigung werden nicht aufgehoben. Der Bebauungsplan und die Begründung sind entsprechend zu ändern.~~
3. Der Herausnahme des Grundstücks mit der Flurstücksbezeichnung 172 wird zugestimmt.

Folgender veränderter Beschlussantrag wird nach sehr ausführlicher Diskussion zur Abstimmung gestellt:

Beschluss:

1. Die Ratsversammlung hat die während der öffentlichen Auslegung und erneuten öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht zu. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diejenigen Träger öffentlicher Belange und Institutionen, die Stellungnah-